

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Dresden.
Verlags- und Druckerei: 25 241
Über für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr bei wöchentlicher Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 105,—
Einzelnummer M. 5,—, Sonntagsausgabe M. 6,—.
Die 10spaltige 30 mm breite Zeile M. 12,—, außerhalb Sachsens M. 15,—. Familien-
anzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 10spaltige Zeile u. Verträge
25% Nachsch. Vorzugspätze laut Tarif. Anzeigen- u. Verträge gegen Vorauszahlung.

Schreibweise und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Neumann in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unserlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufsstelle: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage

Die oberschlesische Autonomie abgelehnt.

Das ziffernmäßige Abstimmungsergebnis.

Ueberwältigendes Vertrauensvotum für Preußen.
Beuthen, 3. Sept. Anlässlich der Abstimmung über die Autonomisierung Oberschlesiens stimmten für Preußen 513 126, für die Autonomie 50 400.

Das Ergebnis in Beuthen.

Beuthen, 3. Sept. An der Abstimmung über die oberschlesische Autonomie nahmen hier etwa 70 Prozent der Abstimmungsberechtigten teil. 21 808 stimmten für das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen, 1663 für den Bundesstaat. (B. T. B.)

Die Aussichten der deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden.

Berlin, 3. September. Der „Tag“ veröffentlicht ein Gespräch über die bevorstehenden deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden, das Ministerialdirektor von Stockhammer einem Mitarbeiter des Blattes gewährte:

Ueber die Wichtigkeit der demnächst beginnenden deutsch-polnischen Verhandlungen und über den Geist, in dem die deutsche und polnische Regierung an sie herantritt, wird Ihnen Ihr Gespräch mit Herrn Grafen v. Madenski Aufschluss geben. Ich kann mich den Ausführungen des Herrn von Madenski nur anschließen. Die deutsche Regierung tritt in diese Verhandlungen mit der festen Absicht ein, die zahlreichen Fragen, die der Friedensvertrag in unserem Verhältnis zu Polen geschaffen hat, einer Lösung zuzuführen und die Grenzlage für nachbarliche Beziehungen zu klären, wie sie durch die Länge der deutsch-polnischen Grenze und die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie durch den Aufenthalt von so zahlreichen Deutschen im Gebiete Polens von selbst gegeben sind. Da es der deutschen Regierung gelungen ist, mit fast allen Staaten — ich meine hier nur die Tschecho-Slowakei und Jugoslawien — zu einer solchen Regelung zu gelangen, so gibt sie sich der Hoffnung hin, daß das Ergebnis der Verhandlungen mit Polen ein gleiches sein wird. Eine gewisse Stütze findet diese Hoffnung in der Tatsache, daß die Vorläufer Verhandlungen im Juli d. J. den beiderseitigen guten Willen deutlich haben erkennen lassen, und daß dieser Wille in einem Vorabkommen seinen Ausdruck gefunden hat, das über die Regelung der formellen Fragen hinaus auch schon eine

materielle Vereinbarung gebracht hat. Wie Ihnen bekannt ist, haben Deutschland und Polen, um ihren guten Willen zu bekunden, vereinbart, daß Deutschland dem polnischen Staat in bezug auf die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen dieselbe Behandlung zuteil werden lassen will, die es den anderen valutarisch-wachen Ländern angedeihen läßt; die polnische Regierung hat sich ihrerseits verpflichtet, Deutschland die freie Durchfuhr durch Polen nach Rußland zu gewähren. Sie werden es mir erlauben, auf die einzelnen Verhandlungspunkte

des Näheren einzugehen, allein schon die Aufzählung der Programmpunkte würde einen beträchtlichen Raum füllen. Es genügt die allgemeine Bemerkung, daß die Verhandlungen die Sicherung der Rechtsverhältnisse der in Polen lebenden Deutschen auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrags, die Erledigung zahlreicher, schwebender finanzieller Fragen und den Abschluß eines Wirtschaftsvertrags zum Ziel haben. Wie Sie weiter gehört haben werden, sollen die Verhandlungen am 6. September in Dresden abgehandelt. Verhandlungspunkte sind zunächst:

Der Transit nach Rußland, Regelung der Herausgabe von Akten und Archiven und die Frage der Kriegskosten. Am 20. September tritt dann die juristische Kommission zusammen, zu deren Beratungssachen eine Reihe von wichtigen und schwierigen Fragen wie z. B. betreffend den Artikel 297 und den Artikel 23 des Friedensvertrages gehören, bei denen Fragen aus den verschiedenen Rechtsgebieten einer Regelung zugänglich sein werden. Unter diesen Umständen wage ich nicht eine Prophezeiung über die Dauer der Verhandlungen abzugeben, die sich zweifellos trotz allem guten Willen der beiderseitigen Unterhändler über eine Reihe von Monaten erstrecken werden.

Zusammenstoß zwischen Danziger Arbeitern und französischen Matrosen.

Danzig, 3. Sept. Gestern Abend kam es, angeblich infolge herausfordernden Verhaltens eines französischen Matrosen von dem zuerst hier ankommenden Kriegsschiff „Marne“ gegen einen Arbeiter, zu einem Zusammenstoß zwischen Danziger Arbeitern und französischen Matrosen, der schließlich in eine allgemeine Prügelei ausartete. Die Franzosen zogen sich in das Café Bailie am Aufschwibischen Markt zurück. Eine Menschenmenge, die sich inzwischen angesammelt hatte, versuchte, das Café zu karmen, was jedoch von der Schutzpolizei verhindert wurde. Ein französischer Matrose, der gegen einen deutschen Beamten tätlich geworden war, wurde zur Wahnstiftung gebracht. Eine Untersuchung des Vorfalls ist eingeleitet. (B. T. B.)

Belgiens Haltung zum Reparations-Entscheid.

Die Frage der Garantien für die deutschen Schatzwechsel.

Brüssel, 2. September. Nach einer Meinung der „Agence Belge“ wird die vorgetragene Entscheidung in Belgien im allgemeinen mit deutlicher Genugtuung begrüßt. Nur in gewissen Kreisen scheint man zu glauben, daß Belgien die Kosten der Lösung zu tragen haben werde. Man erklärt in diesen Kreisen, daß bis zum Ende des Jahres Belgien keinerlei tatsächliche Zahlungen erhalten würde und daß es ihm unmöglich sein werde, sich hinsichtlich der Pfänder, durch die die Schatzwechsel zu garantieren sind, mit den Deutschen zu verständigen. Demgegenüber wird aber betont, daß alle Vorichtsmaßnahmen getroffen seien. Die Note der Reparationskommission enthalte folgenden Satz: „Diese Schatzwechsel werden durch ein Golddepot in einer Belgien genehmigen auswärtigen Bank gesichert.“ Es sei allgemein bekannt, daß man die durch ein Golddepot garantierten Bonds leicht in irgendeiner Bank diskontieren könne. Wenn es aber einen Diskont gebe, gebe es auch eine effektive Zahlung. Es sei sicher, daß die belgische Regierung mit Unterstützung der Alliierten alle gewünschten Maßnahmen treffen werde, um sich effektive Zahlungen zu sichern. Es verlange überdies, daß Ministerpräsident Theunis schon Delacroix, Vemelmans und den Bankier, die zusammen nach Berlin reisen werden, angewiesen habe, in Ermangelung von Golddepots nur gute Bürgschaften anzunehmen, die eine leichte Diskontierung der deutschen Schatzwechsel ermöglichen. (B. T. B.)

Die Aussichten der künftigen deutsch-belgische Verhandlungen.

Paris, 2. Sept. Der belgische Ministerpräsident Theunis sagte Vertretern französischer Blätter zu den deutsch-belgischen Verhandlungen, er zweifle keinen Augenblick, daß Deutschland und Belgien sich einigen werden. Alle Banken der Welt würden bereit sein, auf die deutschen Schatzwechsel Kredite zu eröffnen. Deutschland werde sicher genügende Garantien geben, da es sich sonst sofort der Gefahr aussetze, die Goldhinterlegung im Ausland vornehmen zu müssen.

Keine Gefahr der Beschlagnahme deutscher Güter in Belgien.

Brüssel, 2. Sept. Der Präsident der Antwerpener Handelskammer habe dem Minister des Reichens mitgeteilt, deutsche Zeitungen veröffentlichten die Nachrichten, daß die deutschen Einkäufer von Baumwolle amerikanischen Arzmen

mitgeteilt hätten, sie würden künftig keinen Vertrag annehmen, in dem nicht die Beförderung der Ware durch französische und belgische Schiffe ausgeschlossen werde. Sie wollten sich dergestalt gegen eine Beschlagnahme ihrer Güter durch die französische Regierung belgische Regierung wehren. Der Minister des Reichens antwortete: Sie können die Zustimmung geben, daß für in erster Besatz einer Beschlagnahme keine Gefahr besteht. Die belgische Regierung hat am 5. Februar 1921 der deutschen Regierung mitgeteilt, daß sie nicht die Absicht habe, von den ihr in dieser Hinsicht durch den Versailler Vertrag erteilten Rechten Gebrauch zu machen. Die belgische Regierung hält diese Erklärung aufrecht. (B. T. B.)

Die deutsche Regierung zur Erschließung der beiden Belgier.

Berlin, 3. Sept. Der deutsche Gesandte in Brüssel, Landöbern, hat der belgischen Regierung sein Bedauern über den Vorfall in Oberkassel ausgedrückt und gleichzeitig erklärt, daß die deutsche Regierung sich ihre Stellungnahme bis zum Vorliegen des Untersuchungsberichtes vorbehalten.

Frankreich konstatiert eine neue Verfehlung.

Paris, 2. Sept. In der gestrigen Sitzung des Ministerrates machte der Minister der öffentlichen Arbeiten Mitteilung davon, daß Deutschland neuerdings mit den Roubinlieferungen im Rückstand sei. Die Reparationskommission sei davon bereits in Kenntnis gesetzt.

Dr. Seipel vor dem Völkerbundsrat.

Wien, 2. Sept. Im heutigen Ministerrat legte der Bundeskanzler die Nachrichten vor, die vom Bundesminister des Reichens aus Genf eingetroffen sind. Hierbei teilte er mit, daß der dringende Rat erteilt worden sei, der Bundeskanzler selbst möge bei der für Mittwoch in Aussicht genommenen Sitzung des Völkerbundes die Angelegenheiten Oesterreichs vertreten. Der Ministerrat ersuchte hierauf den Bundeskanzler, die Reise nach Genf alsbald anzutreten, was inzwischen geschehen ist. Der Bundeskanzler machte auch Mitteilung darüber, daß energische Maßnahmen in der Frage des Schutzes der inländischen Bevölkerung gegen die nachteiligen Wirkungen des Zutrommes von zahlreichen Fremden aus dem Ausland im Zusammenhang mit den gegenwärtigen valutarischen Verhältnissen in Vorbereitung sind. Der Ministerrat beschloß, die Erledigung dieser Angelegenheit möglichst zu beschleunigen. Am Laufe des Tages war der Bundeskanzler beim Bundespräsidenten Dr. Mikulich erschienen, außerdem hat er den Besuch des französischen Gesandten Desjardins in Wien und des italienischen Gesandten Dr. Fontana empfangen. (B. T. B.)

Die Eröffnung der Niederdeutschen Woche.

Die Begrüßungsansprache des Reichspräsidenten.

Bremen, 3. Sept. In einer Ansprache bei der Eröffnung der Niederdeutschen Woche sagte der Reichspräsident u. a., daß er noch gern an die Jahre seiner Tätigkeit als Mitglied der bremischen Bürgerschaft zurückdenke, und daß er sich freue, auch heute noch Bürger dieser alten Stadt zu sein. Der Reichspräsident fuhr dann fort: Tatkräftiger Bürgerinn und wirtschaftlicher Weisheit, wie sie von alters her in Bremen lebten, haben zur Gründung der Webergilde geführt, die es sich zur Aufgabe stellte, tätig am Wiederaufbau deutscher Wirtschaft und deutscher Kultur in der niederdeutschen Heimat mitzuarbeiten. Ihr verdanken wir das großartige und vielgestaltige Werk dieser Niederdeutschen Woche, welche die Liebe zur Heimat und zur heimischen Kultur pflegen und vertiefen und in Erfüllung dieser Ziele alle niederdeutschen Stämme zu einer Gemeinschaft verbinden will. Gerade in dieser trüben Gegenwart, in der unser armes Volk so schwer wie nie sich unter ähmerem Druck an der Entfaltung seiner Kräfte behindert sieht, ist es nötig, aus der Verbundenheit mit der Heimat, aus der Kenntnis ihrer Kräfte und ihrer Zusammengehörigkeit mit dem großen Vaterlande das Vertrauen auf die Zukunft zu schöpfen, was den Pessimismus bannet und uns Spannt für den harten Weg, den wir noch zu gehen haben. Zum Schluß sprach der Reichspräsident noch die Hoffnung aus, daß von der Niederdeutschen Woche weiterer ausgehen möge als Anregung und Wegweiser für unser ganzes Volk: der zähe, mutige und unverzagte Geist, der hier in Bremen und Niederachsen herrsche, und das Gefühl fester Zusammengehörigkeit und innerer deutscher Volksgemeinschaft.

Bei der Feier im Schauspielhaus hielt Gerhard Hauptmann nach Begrüßungsansprachen von Professor Schilling und Professor Hellmar eine Rede, in der er allen Europäern deutscher Junge zurief: Bleibt einig im Glauben und in der Gewissheit, daß Deutschland den Hafen erreichen und wiedererleben wird! Inzwischen hatte sich vor dem Schauspielhaus eine große Menge angesammelt, an die der Reichspräsident, lebhaft begrüßt, einige Worte richtete, in denen er die Notwendigkeit betonte, daß jeder an seinem Teil mitwirken müsse an den großen Aufgaben der Nation und dem Wiederaufbau Deutschlands. Nach der Gerhard-Hauptmann-Feier wohnte der Reichspräsident der Eröffnung der Niederdeutschen Woche bei, wo er auf Ansprachen des Vorstandes der Webergilde Generalonius Roselius und des Bürgermeisters Dr. Spitta antwortete. Zum Schluß sprach als Vertreter der niederdeutschen Universitäten der Rektor der Universität Münster Professor Dr. Rosemann. Am Nachmittag besuchte der Reichspräsident das Sportfest auf dem Peterswerder, wo er der feierlichen Mannhaft im Staffellaufen, dem G. F. V., den Pokal der Webergilde überreichte. Hierbei wies der Reichspräsident auf die große Bedeutung des Sports für die Wiedergeburt und den Aufbau des deutschen Volkes hin. Auch dem Städtekampf Köln-Bremen konnte der Reichspräsident noch eine kurze Zeit beiwohnen.

Kommunistische Demonstrationen in Berlin.

Berlin, 3. Sept. Heute nachmittags kam es in Charlottenburg zwischen jugendlichen kommunistischen Demonstranten und Schutzpolizisten zu Zusammenstoßen, bei denen noch den bisherigen Feststellungen 4 Personen verletzt wurden. Mehrere Jüge von Mitgliedern des kommunistischen Jugendbundes waren morgens nach Bismarckstraße gezogen und kehrten nachmittags nach Charlottenburg zurück. Bei dem Zuge durch die Stadt kam es zu verschiedenen Zusammenstoßen. Der erste ereignete sich am Bahnhof Willeben, wo ein Infanterist, der ein Hakenkreuz getragen haben soll, von der Menge verfolgt wurde. Sie karmte in seinen Laden und plünderte ihn aus. An der Sophie-Charlottenstraße wurde durch den langen Zug der Demonstranten der Verkehr der Straßenbahnwagen lahm gelegt. Als der Führer des ersten Wagens durch den Zug hindurchzufahren versuchte, wurde er vom Ordnungsdienst aufgehalten. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, so daß der in der Nähe postierte Beamte der Schutzpolizei eingreifen mußte. Als er den erregten Ordnungsdienst mit Hilfe mehrerer Kameraden nach der Wache im Polizeipräsidium brachte, versuchten Demonstranten, den jungen Mann zu befreien, beschimpften die Beamten, schlugen mit Hakenkreuzen auf sie ein und warfen mit Mäusen. Da die Menge, die inzwischen auf mehrere Tausend angewachsen war, die Polizeibeamten immer mehr bedrängte, machten diese von ihrer Waffe Gebrauch. Als aus der Menge heraus mehrere Schiffe gefallen waren, erschienen mehrere Beamte mit Karabinern, worauf sich die Demonstranten nach und nach zerstreuten.

Zusammenlegung der sozialistischen Zeitungen.

Berlin, 2. Sept. Zwischen dem mehrheitlich sozialistischen Organ, dem „Vorwärts“, und dem unabhängigen Organ, dem „Freiheit“, finden jurast Verhandlungen über die Ausgabe eines gemeinsamen Blattes statt, die schon deshalb notwendig wird, weil von Ende September ab nach dem Einigungsprotokolle nur noch ein Organ notwendig sein wird. In Kürze sollen auch in den Provinzstädten Verhandlungen über die Zusammenlegung von Zeitungen der beiden Parteien stattfinden.

Saatenlassungen im Falle Rathenau.

Der Bruder des Reichers des Rathenauischen Mordattors, Fritz Rathenau, sowie der Kapitänleutnant Alfred Hoffmann, sowie der Leutnant Heinrich sind, wie die Dena erzählt, auf Antrag ihres Verteidigers P. Bloch außer Verfolgung gesetzt und aus der Haft entlassen.